



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Abzocker-Initiative: Grünliberale wollen griffigen Gegenvorschlag
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Tel.: +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	2. Juni 2011

Abzocker-Initiative: Grünliberale wollen griffigen indirekten Gegenvorschlag

Die Grünliberalen stehen weiterhin hinter einem griffigen indirekten Gegenvorschlag zur Minder-Initiative und wollen die Aktionäre stärken, um den übersetzten Gehältern zu begegnen. Dank den Verschärfungen, die der Ständerat auch mit Hilfe der glp Ständeräte beschlossen hat, ist der Gegenvorschlag tauglich und soll rasch möglichst verabschiedet werden. Wichtig ist, dass nicht zu starre Regeln eingeführt werden, um den Wirtschaftsstandort Schweiz insgesamt nicht zu schwächen gegenüber dem Ausland und so staatliche Regulierungen möglichst gering gehalten werden.

Die Grünliberalen wollen einen griffigen Gegenvorschlag zur Minderinitiative. Der aktuelle indirekte Gegenvorschlag zur Minder-Initiative geht in die richtige Richtung. Im Zentrum steht die Genehmigung eines Vergütungsreglementes durch die Aktionäre und die Abnahme des Vergütungsberichtes, welches den Aktionären die Möglichkeit zur Begrenzung von Löhnen und Boni einräumt. Die Grünliberalen unterstützen in diesem Lichte die vom Ständerat eingebrachte und vom Nationalrat jetzt abgelehnte Bonisteuer ab 3 Millionen im Gegenvorschlag, wenn auch gewisse Umgehungsgefahren darin lauern.

Diese Massnahmen tragen dem weit verbreiteten Unverständnis in der Bevölkerung über exzessive Vergütungen Rechnung, welche in keinem Zusammenhang zur Leistung mehr stehen. Dabei werden aber keine groben Einschnitte in die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz gemacht. Durch die stärkere Stellung der Aktionäre soll die Entlohnung wieder stärker in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Ergebnis der Unternehmung stehen und sollen exorbitante Saläre gebremst werden.

Keine Verhinderungstaktiken zu parteipolitischen Profilierungen

Die Grünliberalen fordern nun rasche Entscheide und wollen einen griffigen Gegenvorschlag noch vor den Wahlen beschliessen, damit der Initiant die Möglichkeit zum Rückzug ergreifen kann und das neue Recht so bereits ab 1.1.2012 gelten kann. Leider ist auf bürgerlicher Seite vor allem Profilierung statt Lösungssuche angesagt und so wird weiterhin eine rasche Lösung blockiert. Der Verdacht einer reinen Verzögerungstaktik über die Wahlen hinaus kann nicht von der Hand gewiesen werden. Ohne den Beschluss eines griffigen Gegenvorschlages werden die Grünliberalen die Minder-Initiative unterstützen, damit das Thema nach den Wahlen nicht unter den Tisch gewischt werden kann.